



NEWSLETTER 03/2017

FORUM | MIGRATION



© Kzenon – Fotolia.com

Polizei noch nicht vielfältig

In den meisten Bundesländern werden weiterhin zu wenige Menschen mit Migrationshintergrund in den Polizeidienst eingestellt. Das ergab eine Erhebung des Mediendienstes Integration.

In Schleswig-Holstein etwa hatten 2016 lediglich 5,4 % der Bewerber_innen und 3,5 % der neu Eingestellten einen Migrationshintergrund. In der Landesbevölkerung sind es 13,2 %. In NRW hatte unter den neu Eingestellten immerhin jeder Neunte eine Migrationsgeschichte, im Vergleich zu jedem Vierten in der Bevölkerung. Lediglich in Sachsen, wo nur 5 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben, waren neu eingestellte Polizist_innen mit rund 9 % überrepräsentiert. Außer Bayern, Brandenburg und Thüringen haben allerdings alle Bundesländer Maßnahmen zur Anwerbung von Menschen mit Migrationshintergrund getroffen, etwa mehrsprachige Flyer oder Veranstaltungen in Schulen mit hohem Migrationsanteil.

In Hamburg sei die Zahl der Polizistinnen und Polizisten dadurch gestiegen. Von einer interkulturellen Öffnung könne jedoch nicht die Rede sein, sagt der Polizeiforscher Rafael Behr von der Akademie der Polizei Hamburg. „Einwanderer und ihre Nachkommen

werden nur dann als gute Kollegen anerkannt, wenn sie die traditionellen Gepflogenheiten und das Selbstverständnis nicht infrage stellen.“ „Welche Wurzeln ein Bewerber für den Polizeidienst hat, spielt keine übergeordnete Rolle. Viel wichtiger ist, die entsprechende Qualifikation vorweisen zu können“, sagt dazu der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, Forum Migration. Die GdP sei seit Jahren bestrebt, die interkulturelle Kompetenz der Kolleg_innen zu fördern. „Die bisherige Entwicklung zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, auch wenn die Resonanz noch viel größer sein könnte.“

Unterdessen wandte sich die GdP in Thüringen in ungewöhnlicher Schärfe gegen die AfD. „Wir schämen uns dafür, dass es ein demokratisch gewählter Abgeordneter des Thüringer Landtages ist, der ungestraft solche Reden hält“, erklärte die GdP mit Blick auf den thüringischen AfD-Vorsitzenden Björn Höcke. Für die GdP Thüringen sei nun „in Granit gemeißelt, es wird keinerlei Kontakt zwischen der GdP Thüringen und der AfD geben“.



Studie zu Vielfalt bei der Polizei: <http://bit.ly/2ISSMgD>



Stellungnahme der GdP Thüringen: <http://bit.ly/2kUPCev>

INHALT 03/2017

Polizei noch nicht vielfältig	1
Der Zielstrebigke	2
Anerkennungs-News	2
„Es gibt keine allgemeine Abwehrhaltung“	3
Angebot für Weiterbildung	3
In Zukunft mehr migrantische Beschäftigte	3
News + Termine	4
Das Nichtstun-Müssen desintegriert – Prof. Dr. Irene Götz, Institut für Europäische Ethnologie, LMU München	5



Porträt Anerkennung: Mohammad al Haj, Arzt aus Syrien

Der Zielstrebigke

Eigentlich ist die Sache einfach: Wer in Deutschland als Arzt arbeiten will, muss Deutsch auf dem Niveau C1 sprechen. Das ist die Voraussetzung für ausländische Ärzte, um die Kenntnisprüfung zu absolvieren und eine Approbation zu erhalten. Mohammad al Haj, 30, Unfallchirurg aus Damaskus, machten die Behörden den Weg dorthin besonders schwer.

2015 kam al Haj über die Türkei nach Deutschland. Er beantragte Asyl und wurde in ein Heim im Berliner Stadtteil Rohrdamm verteilt. Dort lebten andere Syrer_innen, Albaner_innen, Serb_innen. „Im Heim gab es niemanden zum Deutsch reden, und draußen kannte ich niemanden“, sagt al Haj. „So isoliert konnte ich die Sprache nicht lernen.“ Und ohne fließendes Deutsch, das war ihm klar, würde er niemals in seinem Beruf arbeiten können. Nach zwei Monaten durfte er einen Integrationskurs besuchen, nach fünf Monaten konnte er aus dem Heim ausziehen. Er wollte mit Deutschen leben, „Dauerkontakt haben“, so sagt er, und ihre Sprache lernen. Eine ehrenamtliche Helferin aus dem Heim vermittelte ihm einen Platz in der WG ihres Sohnes. „Das hat geholfen, mit der Sprache, und der Kultur und allem was ich nicht kannte“, sagt al Haj.

Doch das war nicht genug. Der Integrationskurs ging über fünf Stunden am Tag. Nebenher arbeiten ist da kaum möglich, al Haj lebte von ALG II. Er hatte jetzt ein Problem: Der Integrationskurs endet mit der B1-Prüfung. Der anschließende B2-Kurs kostet 700 Euro. „Das Jobcenter wollte den nicht finanzieren. Aber ohne B2 kann man nicht am Kurs zur Vorbereitung auf die Kenntnisprüfung als Arzt teilnehmen“, sagt al Haj. „Das hat die Frau beim Jobcenter nicht verstanden.“

Also zahlte al Haj den B2-Kurs aus eigener Tasche. Und weil er keine Zeit verlieren wollte, besuchte er beide Kurse monatelang parallel. Im Januar 2016 schloss er die B2-Prüfung ab, beantragte die Anerkennung seines syrischen Diploms beim Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso). Von Februar bis April hospitierte beim Vivantes-Klinikum in Neukölln, von Mai bis August besuchte er den Fachsprachkurs für Ärzte in der Charité, die Kosten von 3.000 Euro trug der Europäische Sozialfonds. Danach wollte al Haj noch einmal hospitieren, mehr Praxiserfahrung sammeln, doch das Jobcenter lehnte dies ab. „Das hat mich richtig geärgert, Medizin ist nicht leicht, da muss man viel lernen“, sagt al Haj.

So musste er sich zu Hause auf die Kenntnisprüfung vorbereiten. Am 2. Dezember 2016 legte er sie in der Franziskus-Klinik ab. Noch vor Weihnachten händigte das Lageso ihm seine Approbation aus. Seitdem fährt er durch Deutschland und stellt sich in Krankenhäusern vor. „Ich will einen interessanten Arbeitsplatz finden“, sagt er.

Anerkennungs-News

Niedersachsen:

Eine Million für Hochschulöffnung

Niedersachsen fördert sechs Projekte zur Öffnung der Hochschulen, ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung von Menschen, die ihren Bildungsabschluss im Ausland erworben haben. Insgesamt rund eine Million Euro stehen dafür zur Verfügung. Unter den Projekten ist beispielsweise die „Vernetzung der Anerkennungsberatung für ein Hochschulstudium“ der Universität Hildesheim. Sie soll im Raum Leine-Weser Menschen mit im Ausland erworbenen akademischen Qualifikationen schneller und zielgerichteter zu einem in Deutschland anerkannten Hochschulabschluss führen.

 <http://bit.ly/2ITF4Kt>

Belgischer Doktor: Nur im Original



Ein_e Akademiker_in, der bzw. die im Ausland studiert hat, muss in der Regel den originalen akademischen Titel führen und keine Eindeutschung. Das entschied das Verwaltungsgericht Mainz nun im Fall eines Mannes, der in Belgien Medizin studiert und den dortigen „Docteur en Medecine“ („Doktor der Medizin“) erhalten hatte. Er wollte diesen Titel in Deutschland abgekürzt zu „Doktor“ führen. Dies dürfe er nicht, entschieden die Richter und folgten damit der Landesärztekammer in Rheinland-Pfalz. Der Arzt kann nur den originalen belgischen Titel mit dem Zusatz „Univ. Brüssel“ führen um „vor Täuschung und Irreführung durch eine unkontrollierte Führung ausländischer Grade zu schützen“, so das Urteil.

 <http://bit.ly/2kM11gJ>

Anpassung: Lehrgänge in Ulm und Hamburg


Die Universität Hamburg und das Universitätsklinikum Ulm bieten Anpassungsqualifizierungen für Menschen mit ausländischen Berufsabschlüssen im Gesundheitsbereich an. Dabei sollen Qualifikationsunterschiede ausgeglichen werden, so dass die Teilnehmer_innen in ihrem Beruf arbeiten dürfen. Um den Kurs am Universitätsklinikum Hamburg (UKE) belegen zu können, müssen die Interessent_innen das Anerkennungsverfahren bereits aufgenommen haben. Dabei legt das Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz fest, welche Kenntnisse den Bewerber_innen noch fehlen. Danach richten sich Inhalt, Dauer und Art der Qualifizierung, die Gesundheits- und Krankenpfleger_innen, Physiotherapeut_innen und Diätassistent_innen offensteht. Weitere Berufe sind in der Planung. Die Schule für Operationstechnische Assistenz (OTA) an der Ulmer Uni-Akademie für Gesundheitsberufe hat ein ähnliches Projekt gestartet. Gemeinsam mit Experten der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) wurde ein maßgeschneiderter Anpassungslehrgang für einen jungen Mann aufgelegt, der in der Türkei einen Bachelor in OP-Technik erworben hatte. Dieser besuchte an der OTA in Wiblingen über einen Zeitraum von zwölf Monaten jene Kurse, die ihm fehlten. Hinzukamen

Praxisphasen in verschiedenen chirurgischen Fachbereichen und OP-Sälen. Der Assistent bekam in dieser Zeit die gleiche Vergütung wie alle anderen OTA-Auszubildenden im dritten Jahr: knapp 1300 Euro Brutto. Im November bestand er die Abschlussprüfung, heute arbeitet er in der Viszeralchirurgie. Die DKG lobte das Pilotprojekt. Die Akademie für Gesundheitsberufe habe wichtige Vorarbeit für ähnlich geartete Fälle geleistet, sagt Personalreferent Ralf Neiheiser der Südwest Presse. Es gebe derzeit mehr als 50 Anträge von Bewerbern aus so genannten Drittstaaten wie Tunesien, der Türkei oder dem Irak.

 <http://bit.ly/2Im6uvE>
 <http://bit.ly/2ks7A9W>

Zahnmedizin: Jeder zehnte Absolvent ohne Patient_innenkontakt

Zehn Prozent aller Zahnmedizin-Absolventen in der EU haben in ihrem Studium keinen Patientenkontakt gehabt. Das ergab eine Befragung von 23.300 Absolventen aus 26 EU-Staaten durch die European Dental Students Association (EDSA). Jeder dritte Student hatte in seinem Studium noch nie einen Zahn mit einer Krone versorgt, fast jeder zweite hat noch nie eine Wurzelbehandlung am Patienten durchgeführt und ein Drittel hat keine Erfahrungen mit medikamentösen Behandlungen. Trotz aller Mängel in der praktischen Ausbildung sind aber 75 Prozent der Abgänger überzeugt, die Hälfte der 34 abgefragten Behandlungen selbstständig durchführen zu können. Nach der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie (2005/36/EG) sind Berufsabschlüsse grundsätzlich als gleichwertig anzuerkennen. Demnach müssen Studierende „mindestens 5.000 Stunden theoretische und praktische Ausbildung auf Vollzeitbasis“ absolvieren. Es ist aber nicht genau definiert, wie viele der 5.000 Stunden in die theoretische beziehungsweise praktische Ausbildung fließen sollen. „Das ist auf jeden Fall ein weiteres Argument für die Notwendigkeit einer klaren Regelung der Anerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland“, sagte Dietmar Oesterreich, Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer.

 <http://bit.ly/2lI2A9z>

Anerkennung: Rekord in Hessen

Im Jahr 2016 sind in Hessen insgesamt 1.580 Anträge auf Anerkennung ausländischer Ausbildungen in den Gesundheitsberufen beim Regierungspräsidium (RP) Darmstadt eingereicht worden. Noch 2011 waren es 511. Die überwiegende Zahl der Anträge (1.329) entfiel 2016 auf die Alten-, Gesundheits- und Krankenpflege. In diesem Bereich kamen knapp die Hälfte der Antragsteller_innen aus Serbien und Bosnien-Herzegowina. Zu den weiteren Herkunftsländern zählen unter anderen Rumänien, Polen, Ungarn, Philippinen, Spanien.

 <http://bit.ly/2kdrLVm>



„Es gibt keine allgemeine Abwehrhaltung“

Vincent S. ist Trainer in einem Team, das 1.700 Mitarbeiter_innen von Arbeitsagenturen und Jobcentern geschult hat. Dass die Ämter um eine Sensibilisierung bemüht seien, sei Ausdruck einer gesellschaftlichen Veränderung, sagt S.

Forum Migration: Herr S., Schwierigkeiten mit interkulturellem Bezug benennen Behördenmitarbeiter_innen?

Vincent S: Das können Genderfragen sein, zum Beispiel wenn männliche Kunden weiblichen Mitarbeiterinnen nicht die Hand geben wollen. Oder sie nicht akzeptieren und nach dem Chef oder männlichen Kollegen verlangen. Es gibt auch Fälle, in denen migrantische Kunden sich ungerecht behandelt fühlen und sagen: ‚Ich kriege das jetzt nur nicht, weil ich Ausländer bin‘. Das gibt es natürlich auch umgekehrt: Deutsche Kunden, die sagen: ‚Ich kriege nichts, aber die Flüchtlinge‘. Oder eine Kundin ist eingeladen, sie bringt ihren Mann mit und der dominiert das Gespräch.

Welche Handlungsoptionen bieten Sie da an?

Da gibt es verschiedene Strategien. Die Mitarbeiter_innen können erklären, wie ihre Entscheidung zustande kommt und dass sie unabhängig von der Herkunft des Kunden ist. Sie können die Kund_innen vor die Wahl stellen, ob sie mit ihnen, also einer Frau, sprechen möchten. Sie können ihre Chefin oder ihren Chef rufen, dann müssen die Kund_innen sehen, wie sie mit der Situation dann klarkommen. Oder, auch das ist möglich, sie können tatsächlich männliche Kollegen rufen. Das finden manche ganz verkehrt, aber die Mitarbeiter_innen müssen das nach Tagesform entscheiden können. Nicht jeder ist immer auf Konfrontation eingestellt.

Was berichten Ihnen die Mitarbeiter_innen, wie sie vor der Schulung solche Situationen wahrgenommen haben?

Neulich sagte eine weibliche Mitarbeiterin, dass

sie unzufrieden sei, weil sich das Handgeben eben gehöre und dass die Flüchtlinge sich dem anzupassen hätten. Andere Mitarbeiter_innen wollten das auf keinen Fall.

Reden Sie ihnen bestimmte Erklärungsmuster bei der Schulung aus?

Nein. Aber wir versuchen den Blick dafür zu öffnen, dass Konfliktsituationen, die auf den ersten Blick eine interkulturelle Komponente haben, keineswegs mit Kultur zu tun haben müssen, nur weil eine Person mit Migrationshintergrund im Spiel ist.

Bleiben wir bei den Beispielen, die sie eingangs genannt haben: Wie lassen sie sich begreifen, ohne ein kulturalistisches Erklärungsmuster zu bemühen?

Nehmen wir das Handgeben. Es gibt beispielsweise Mitarbeiter_innen, die aus Angst vor Infektionen Kunden grundsätzlich nicht die Hand geben. Da kann es dann passieren, dass syrische Kund_innen, die neu angekommen sind und lernen, dass man in Deutschland allen die Hand zu geben hat, damit bei der deutschen Behörde nicht ankommen. Außerdem ist das Handgeben auch in herkunftsdeutschen Kontexten sehr unterschiedlich, je nachdem, wie formell es zugeht. Das kennen die Mitarbeiter_innen ja auch aus ihrer eigenen Behörde. Kurzum: Das Handgeben gehört in Deutschland nicht zwangsweise dazu. Umgekehrt ist es zum Beispiel so, dass polnische Männern über 50 gern einen Handkuss geben. Das hat nichts mit flirten zu tun, sondern ist für sie eine höfliche Form der Verabschiedung. Wir wollen also, dass sie sich die Frage stellen, ob die Weigerung des Handgebens unbedingt ein Ausdruck von Missachtung ist. Soll das heißen, dass ich weniger wert bin? Genau das würde ich nämlich in Zweifel ziehen.

Nehmen die Mitarbeiter_innen, die sich missachtet fühlen, solche Denkanstöße an?

Das ist sehr unterschiedlich, das hängt davon ab, wie die Schulungssituation insgesamt wahrgenommen wird. Das wiederum hängt auch davon ab, wie

die Teamleitung die Teilnahme angeordnet hat, oder ob sie freiwillig ist. Das beeinflusst natürlich den Grad der Aufgeschlossenheit.

Was ist der Regelfall: Freiwilligkeit oder Zwang?

Es gibt seit Ende 2015 die bundesweite interkulturelle Grundsensibilisierung zum Thema Flucht und Asyl für möglichst alle Mitarbeiter_innen mit Kundenkontakt. Das macht die Sache in gewisser Hinsicht auch einfacher, denn dann haben die Mitarbeiter_innen nicht das Gefühl, es sei etwas Persönliches, sie müssten da nun hin, weil sie nicht gut arbeiten.

Dass es heute solche Sensibilisierungsmaßnahmen gibt: Ist das ein Anzeichen für eine gesellschaftliche Veränderung, vielleicht ein Mosaikstein der viel beschworenen Willkommenskultur?

Das könnte man schon sagen. Insgesamt ist die schon so, dass erwartet wird, dass viele Menschen bleiben werden, gerade mit Blick auf Syrien. Es gab ja die Anwerbung in den 50er- und 60er-Jahren. Da weiß man heute, was da alles schiefgelaufen ist und will das vielleicht nicht noch einmal. Menschen, die 20 Jahre ohne Deutschkurs bleiben, Menschen mit Kettenduldungen, die 12 Jahre nicht arbeiten; das bringt keinem etwas. Es gibt keine allgemeine Abwehrhaltung gegenüber Migrant_innen.

Vincent S. ist Trainer für interkulturelle Kompetenz und Diversity in Berlin.

Lesen Sie das vollständige Interview auf:
www.migration-online.de

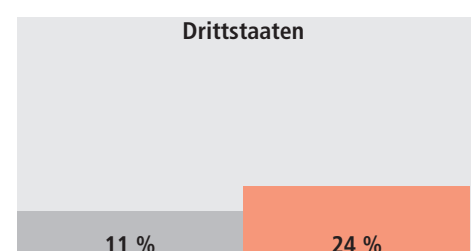
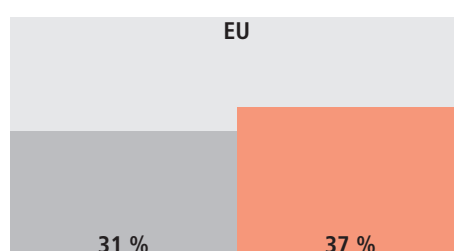
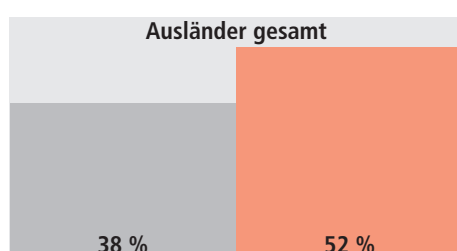
Angebot für Weiterbildung

Das DGB Bildungswerk bietet qualifizierte Trainings im Umgang für kulturelle Vielfalt für viele Zielgruppen, insbesondere für Arbeitsverwaltungen, aber auch für Gewerkschaften, Behörden und anderen Interessierten an. Bei Interesse melden Sie sich bei: Gülsah Tunali
E-Mail guelsah.tunali@dgb-bildungswerk.de
Telefon 0211-4301-187

In Zukunft mehr migrantische Beschäftigte

Unternehmen wollen bis 2021 stärker im Ausland rekrutieren

■ = In den letzten 5 Jahren gezielt nach ausländischen Mitarbeiter gesucht · ■ = Pläne, in den kommenden 5 Jahren ausländische Mitarbeiter einzustellen



Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2016



News + Termine

Aufgabe von Betriebsräten:

DGB Sachsen veröffentlicht Information auf Polnisch und Tschechisch

Der Betriebsrat setzt sich für die Gleichbehandlung aller Beschäftigten und die Integration ausländischer Beschäftigter ein. Nationalität, Religion etc. dürfen keine Rolle spielen. Es gehört auch zu seinen Aufgaben, Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb zu beantragen. Die Erfahrung zeigt, dass viele Grenzgänger aus Polen und Tschechien, die in Sachsen arbeiten, die Aufgaben der Betriebsräte in Deutschland nicht kennen. Deshalb hat der DGB Sachsen im Rahmen der grenzüberschreitenden Arbeitsmarktpartnerschaft EURES-TriRegio eine Kurzinformation in deutscher, polnischer und tschechischer Sprache zu Betriebsräten in Deutschland erstellt.

<http://bit.ly/2lIZga5>

Nettozuwanderung:

Bundesregierung rechnet mit 300.000 pro Jahr

Die Bundesregierung erwartet einem Zeitungsbericht zufolge keinen Bevölkerungsrückgang in Deutschland mehr. Angesichts der stärkeren Zuwanderung und der gestiegenen Geburtenrate könne „die Einwohnerzahl in Deutschland bis 2060 ungefähr auf dem heutigen Stand stabil bleiben“, heißt es in der in der Düsselndorf erscheinenden „Rheinischen Post“ (Mittwoch) zufolge in der neuen demographiepolitischen Bilanz. In früheren Prognosen „vor der starken Veränderung des Migrationsgeschehens“ sei die Bundesregierung noch von einer schrumpfenden Bevölkerung von derzeit 82 Millionen auf 73 oder gar 67 Millionen Menschen ausgegangen, so die Zeitung.

<http://bit.ly/2la4Vi2>

CDU: Volker Kauder will Vererben des Doppelpasses unterbinden

Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) will die Zahl der Doppelpassinhaber möglichst klein halten. „Es sollte unterbunden werden, dass Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit über unendlich viele Generationen hinweg diesen Doppelpass an ihre Kinder „weitervererben“, sagte Kauder der „Welt am Sonntag“. Kinder von Eltern, die einen Doppelpass besitzen, sollten nicht mehr automatisch beide Staatsangehörigkeiten besitzen. „Wir sollten eine Lösung mit dem Ziel eines Generationenschnitts anstreben.“ Es sei nicht einsichtig, warum immer mehr Menschen etwa in zwei Staaten wählen dürfen.

<http://bit.ly/2jPiuVU>

Asyl:

Diakonie kritisiert 1.200 Euro-Rückkehrprämie

Die Diakonie hat die von der Bundesregierung geplanten neuen Zahlungen an rückkehrwillige Asylbewerber_innen kritisiert. „Wenn diese Prämie auf Geflüchtete aus Kriegs- und Krisengebieten an-

gewendet wird, hebt man unser Individualrecht auf Asyl auf dem Verwaltungsweg aus“, sagte Diakonie-Experte Dietrich Ekeberg. Die Bundesregierung will ab Februar ihr neues Rückkehrprogramm „Starthilfe Plus“ beginnen, das den Verzicht auf ein Asylverfahren mit bis zu 1.200 Euro honoriert. Die Entscheidung zur freiwilligen Rückkehr in die Heimat solle „möglichst schon im Asylverfahren, spätestens jedoch innerhalb der Ausreisefrist“ fallen so das Ministerium. 2016 haben rund 55.000 Personen Deutschland freiwillig verlassen. Das Programm „Starthilfe Plus“ richtet sich laut Ministerium an Menschen aus 40 Herkunftsstaaten.

<http://bit.ly/2lTYUJ>

<http://bit.ly/2kUR68G>

Studie: Was Flüchtlingen wirklich wichtig ist

Vielen Flüchtlingen fehlt in Deutschland der alltägliche Kontakt zu Einheimischen. Das zeigt eine Untersuchung, die der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Zu den Themen, die von den dafür befragten Flüchtlingen selbst angesprochen wurden, zählten mangelnde soziale Kontakte und Diskriminierungserfahrungen. Die Asylbewerber_innen zeigten zwar Wertschätzung und Dankbarkeit für Sozialarbeiter, die sie unterstützten. Einige berichteten aber auch von zum Teil schwerer Ablehnung und Diskriminierung durch die ortsansässige Bevölkerung. „Die Flüchtlinge wünschen sich, dass sich echte und stabile persönliche Beziehungen entwickeln“, sagte SVR-Direktorin Cornelia Schu.

<http://bit.ly/2lnMHKd>

Afghan_innen: Bundesregierung stellt Integrationskurs-Teilnahme infrage

Die Gesamtschutzquote von Afghan_innen stieg bis Ende 2016 auf 55,8 Prozent. Zum ersten Mal seit Jahren liegt sie damit oberhalb des Schwellenwerts für eine „gute Bleibeperspektive“ – der Voraussetzung für die Teilnahme am Integrationskurs. Die Bundesregierung jedoch lässt nun offen, ob die Regel auch für die Gruppe der Afghan_innen Bestand hat: „Wir prüfen derzeit die Entwicklung der Gesamtschutzquoten und werden Veränderungen bei den Herkunftsländern bekanntgeben“, so das Innenministerium.

<http://bit.ly/2ks427A>

Berlin: Sprachkurse für homosexuelle und transgeschlechtliche Flüchtlinge

Nach Fällen von Mobbing gegen LGBTQ-Flüchtlinge in Integrationskursen gibt es in Berlin Sprachunterricht speziell für Angehörige sexueller Minderheiten. Das „Support“-Programm des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschland lief im Januar mit zunächst 22 Flüchtlingen und zwei Lehrer_innen an. Dreimal pro Woche treffen sie sich und werden bis zum A1-Abschluss geführt. Finanziert vom Pa-

ritätischen und den Europäischen Asylfonds sollen nun so viele Kurse stattfinden, dass alle Interessierten unterrichtet werden können.

<http://bit.ly/2lTmhyR>

Weise will langjährig Geduldete in Deutschland arbeiten lassen

Der Leiter der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, hat sich dafür ausgesprochen, Geduldete in Deutschland arbeiten zu lassen. Es sei das Schlimmste, „dass junge Menschen Geld bekommen und nichts arbeiten“, sagte Weise. „Das weiß ich sicher, das verdirbt den Charakter.“ Weise forderte die Politik auf, sich um dieses Problem zu kümmern.

Grundlagenseminar im Rahmen der Ausbildung zur betrieblichen Fachkraft ANERKENNUNG

07. bis 12. Mai 2017

Veranstaltungsort: Hattingen

Faire Mobilität – Ausbeutung und Lohndumping verhindern. Train-the-Trainer-Seminar

12. bis 14. Juli 2017

Veranstaltungsort: Hattingen

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Nordrhein-Westfalen

Teil I: 10. bis 11. März 2017

Teil II: 17. bis 18. März 2017

Veranstaltungsort: NN

Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

Teil I: 17. bis 18. März 2017

Teil II: 24. bis 25. März 2017

Veranstaltungsort: Kassel

Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt

Teil I: 31. März bis 01. April 2017

Teil II: 07. bis 08. April 2017

Veranstaltungsort: Hamburg

Berlin-Brandenburg und Sachsen

Teil I: 28. bis 29. April 2017

Teil II: 05. bis 06. Mai 2017

Veranstaltungsort: Berlin

Weiterbildung zur Lernberaterin/zum Lernberater für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt

18. bis 20. Mai 2017

Veranstaltungsort: Hattingen

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
<http://bit.ly/1Jv9okq>



Das Nichtstun-Müssen desintegriert



© Foto: Prof. Dr. Irene Götz

Kommentar von Prof. Dr. Irene Götz, Institut für Europäische Ethnologie, LMU München

Arbeit vergesellschaftet: Gesellschaftliche Arbeit ist eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Auch wenn in einer postfordistischen und stärker fragmentierten Gesellschaft die herkömmlichen Gleichungen – zum Beispiel Arbeiter, Gewerkschaftler und Wähler einer der großen Volksparteien – nicht mehr ohne Weiteres gelten, vermittelt sich über Arbeit weiterhin die soziale Rolle und der Status der/ des Einzelnen. Die jeweilige Stellung im sozialen Raum ist von den Chancen auf eine auskömmliche, nicht prekäre Beschäftigung abhängig; und hier liegt eine der Ursachen der gegenwärtigen Spaltungen der Gesellschaft. Die kollektiven Identitäten – die Identifikationen mit Gruppen und Milieus – werden zwar in der individualisierten Gesellschaft nicht mehr so sehr über die oft nur kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisse in wechselnden Projekten, Betrieben und Teams gestiftet, allerdings ist das individuelle Selbst- und Fremdbild des Einzelnen weiterhin stark an die jeweilige Tätigkeit gebunden.

Die anthropologischen Arbeitstheorien gehen davon aus, dass Arbeit, stets Last und Lust, Menschsein ausmacht. Das „animal laborans“ hat sich durch Arbeit selbst hervorgebracht; das tätige, nachhaltige Hineinwirken in die Welt, die „Verdinglichung“ (Hannah Arendt), verändert nicht nur den Kreislauf von Produktion und Konsumption, sondern auch wiederum die Voraussetzungen des Schaffens des „homo faber“ und dessen persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. Persönliche Entwicklung und gesellschaftlicher Wandel werden so zusammen gedacht.

Durchdenkt man diese existenzielle Bedeutung von Arbeit – Erwerbsarbeit ist nur eine Spielart davon –, wird die Dramatik von Entfremdungsprozessen

deutlich: Der Mensch entfremdet sich durch die kapitalistische Lohnarbeit, durch den Verkauf seiner Arbeitskraft, von nichts weniger als vom Menschsein, so Marx. Und auch die Folgen von Dauerarbeitslosigkeit haben ähnliche Wirkungen, führen zu Agonie und Stillstand.

Flüchtlinge sind, bis sie registriert, mit einem gewissen Anerkennungs- oder Duldungsstatus versehen werden, sofern sie diesen überhaupt bekommen, lange Zeit an dystopischen Orten am gesellschaftlichen Rand zum Warten verurteilt. Sofern sie nicht rasch in Praktika, Ausbildungen oder einen Betrieb einsteigen können, setzen diese Effekte ein: Verlust an Selbstwirksamkeit und Teilhabe an einem Alltag, der die Traumata der Flucht phasenweise verdrängen lässt. Folgt man der These von der Relevanz der Arbeit für die menschliche Existenz, kommt diesem Nichtstun-Dürfen auf längere Zeit etwas Dehumanisierendes zu.

Gesellschaftliche Arbeit integriert. Nicht nur zeigte sich dies in der Nachkriegszeit bei den Deutschen, die durch das „Wirtschaftswunder“ und gesicherte, auskömmliche Arbeitsplätze auch zu Demokraten gemacht wurden. Dies zeigte sich auch bei den „Gastarbeitern“, die mit ihrer Arbeit unsere Städte als Lebenswelten und Geschmackslandschaften verändert haben. Angesichts der öffentlichen Klagen über „Parallelgesellschaften“ werden diese Geschichten, etwa von neuen Unternehmern und sozialen Aufsteigern mit „Migrationshintergrund“ viel zu selten noch wahrgenommen.

Aus den positiven wie auch den negativen Erfahrungen mit der allmählichen Integration der „Gastarbeiter“ und ihrer Familien, die eigentlich nicht auf Dauer bleiben sollten und wollten, lässt sich lernen. Mobilität und mitgebrachtes Wissen kann, wenn es als Ressource wahrgenommen wird und hier – in

Betrieben etwa – sich entfalten kann, nicht nur den Flüchtlingen wieder eine menschenwürdige Perspektive zurückgeben, sondern auch bereichernd für die Gesellschaft wirken. Wird jedoch zu lange gewartet, werden die Hürden – an Sprachkenntnissen und formaler Bildung – zu hoch gesetzt oder fehlen die nötigen Angebote und gelingt die Integration der Flüchtlinge in die Schulen und Ausbildungsgänge nicht, weil nicht genügend Mittel bereitgestellt werden, dann bildet sich ein sozialer Sprengstoff. Diejenigen, die hier desillusioniert festsitzen, werden dessen beraubt, was Menschsein ausmacht: für sich selbst sorgen können, Chancen auf Mitgestaltung und Konsum haben.

Arbeit ist, so Marx und andere, nicht nur eine produktive Kraft der Natur- und Umweltaneignung. Das Zerstörerische einer nicht in produktive Zusammenhänge hinein gelenkten „Arbeit“ bekommen wir über die Medien vorgeführt, wenn wir von den Gräueltaten von zu Terroristen mutierten Flüchtlingen lesen. Gesellschaftliche Arbeit ist sicher kein Allheilmittel; die gegenwärtigen Radikalisierungen und zerstörerischen Kräfte haben viele Wurzeln. Tägliche Arbeit ist aber nicht zuletzt auch eine Form sozialer Kontrolle, in der Veränderungen von „Gefährdeten“ eher bemerkt werden können.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDET VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

